

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die Bundesregierung verschließt die Augen vor der dramatisch wachsenden Armut in Deutschland, beklagt **Dr. Konstanze Wegner MdB**.

Seite 1

Die Verschärfung der US-Embargopolitik gegenüber Kuba nennt **Detlev von Larcher MdB** "empörend".

Seite 3

Vor 50 Jahren kam Rudolf Breitscheid im KZ Buchenwald um. Als "kämpferischen Demokrat und Weltbürger" ehrt ihn **Annemarie Renger**.

Seite 4

Unsere Gesellschaft wird älter. Diesem demographischen Wandel muß durch Einbeziehung der Senioren Rechnung getragen werden, fordert **Hans-Ulrich Klose MdB**.

Seite 5

49. Jahrgang / 163

25. August 1994

Armut in Deutschland

Es besteht Handlungsbedarf für die Politik

Von **Dr. Konstanze Wegner MdB**

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland im letzten Jahrzehnt immer weiter geöffnet. Während sich auf der einen Seite die Zahl der großen Vermögen vervielfacht hat, ist auf der anderen Seite eine ständig wachsende Zone der Armut entstanden. Von dieser Armut sind laut Definition der Arbeiterwohlfahrt vorrangig Kinderreiche, Arbeitslose, Alleinerziehende, Kleinrentnerinnen, chronisch Kranke, Ausländer und Obdachlose betroffen. 1991 gab es 4,2 Millionen Sozialhilfeempfänger in Deutschland. Rechnet man die Dunkelziffer der sogenannten verschämten Armen hinzu, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe haben, aber diese nicht wahrnehmen, kommt man auf weit höhere Zahlen. Nach Schätzungen der Wohlfahrtsverbände sind derzeit etwa zehn Prozent der Bevölkerung dauerhaft, weitere 15 Prozent zeitweise von akuter Armut betroffen.

Von konservativer Seite ist immer wieder zu hören, in Deutschland müsse niemand verhungern, deshalb sei Armut kein Thema für die Politik, sondern höchstens eine Folge überzogenen Anspruchsdenkens. Dieser verengte Armutsbegriff ist an der Elendssituation der Dritten Welt orientiert, er ist auf die deutschen Verhältnisse nicht anwendbar. Armut in Deutschland bedeutet heute, abgesehen von einer Minimalversorgung mit Lebensmitteln, Wohnung und Kleidung, den fast völligen Verzicht auf Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, damit Ausgrenzung aus der Gesellschaft, fehlende Entfaltungschancen und Perspektivlosigkeit und dies vor allem für immer mehr Jugendliche. Diese Situation ist nicht nur sozial ungerecht und kulturell beschämend, sie ist auch eine der Ursachen für den wiederaufkommenden Rechtsextremismus und die wachsende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land. Eine Politik, die diese Zusammenhänge ignoriert, macht sich mitschuldig am Abbau der demokratischen Substanz unseres Staates und setzt die positiven Leistungen und die politische Stabilität der letzten Jahrzehnte aufs Spiel.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82.50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Fremdliche Umgang
mit unseren Ressourcen
Recycling-Papier



Für die derzeitige Bundesregierung existieren diese Probleme offenbar nicht. So rechnete die Ministerin für Familie und Senioren, Frau Rönisch, im Plenum des Deutschen Bundestages unlängst Rudolf Scharping vor, wie auskömmlich doch ein Sozialhilfeempfänger mit mehreren Kindern in Deutschland leben könne. Im Bundeshaushalt 1994 hat die Regierung rund 21 Milliarden eingespart und dies ausschließlich zu Lasten von Arbeitslosen, Familien und Wohlfahrtsverbänden. Gleichzeitig verzichtete sie aus taktischen Gründen (Wahljahr!) auf die Erhebung des sogenannten Solidaritätszuschlags. Er hätte immerhin rund 26 Milliarden erbracht und damit die Kürzungen im Sozialbereich überflüssig gemacht. Parallel zu diesen Kürzungen wurde eine durch und durch verlogene Lohnabstandsdebatte inszeniert, wonach angeblich das Abstandsgebot zwischen Sozialhilfeempfängern und niedrigen Lohngruppen nicht gewahrt sei. Dies geschah wider besseres Wissen, denn dem Bundesministerium für Familie und Senioren lag seit Monaten eine Studie vor, die das genaue Gegenteil beweist.

Dieses Verhalten zeigt zum einen die Abgehobenheit der Bonner Politik, denn wer angesichts seines eigenen Ministergehalts von rund 23.000 pro Monat die Meinung vertritt, mit dem derzeitigen Sozialhilfesatz von rund 500 DM lasse sich doch gut leben, hat offenbar jegliche Bodenhaftung verloren. Hinter den massiven Kürzungen im Sozialbereich verbirgt sich jedoch ein viel weitergehendes Konzept, das von den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP, den großen Wirtschaftsverbänden und einem bedeutenden Teil der Medien in dieser Republik zielstrebig verfolgt wird: der Abbau des angeblich nicht mehr finanzierbaren Sozialstaats, die möglichst weitgehende Privatisierung aller staatlichen Einrichtungen und die Verhinderung einer stärkeren Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen in unserem Land zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit.

Nach Meinung der Oppositionsparteien, aber auch vieler kritischer und nachdenklicher Bürgerinnen und Bürger unseres Landes besteht angesichts der sich ausbreitenden Armut Handlungsbedarf. Überfällig ist die steuerliche Entlastung und bessere Förderung der Familien, die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, eine Reform des öffentlich subventionierten Arbeitsmarktes mit dem Ziel, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und eine stärkere Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus. Darüber hinaus gibt es eine weitere lange Liste notwendiger sozialer Reformen.

Angesichts der katastrophalen Finanzlage, die im wesentlichen von der derzeitigen Regierung zu verantworten ist, bleibt der Spielraum für Reformen jeglicher Art jedoch denkbar gering. Die Schulden der öffentlichen Hand haben die Zwei-Billionen-Grenze überschritten, im Haushalt 95 stellen die Zinszahlungen mit rund 95 Milliarden den zweitgrößten Haushaltsposten dar, das heißt, ein Viertel aller Steuereinnahmen des Bundes muß bereits nur für Zinszahlungen aufgewendet werden. Angesichts dieser Zwänge müssen Prioritäten gesetzt werden. Absoluten Vorrang muß meines Erachtens die Steuerfreistellung des Existenzminimums erhalten, die nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts bis 1996 zu verwirklichen ist. Das würde die meisten Familien merklich entlasten und damit einen erheblichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Ein erster Schritt könnte ein kräftig erhöhtes, gleiches Kindergeld für alle sein, finanziert durch Streichung der ungerechten Kinderfreibeträge und Kappung des überzogenen Ehegattensplittingsvorteils.

Über die Verwirklichung der erwähnten sozialpolitischen Maßnahmen hinaus brauchen wir auch eine Reform der Finanzverfassung, die den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Strukturen im wiedervereinten Deutschland Rechnung trägt. Zur Zeit befinden sich Aufgabenzuweisung und die dafür zur Verfügung stehende Finanzausstattung in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr in Übereinstimmung. Im Zuge einer Neudefinition der Aufgaben der einzelnen Gebietskörperschaften und ihrer entsprechenden finanziellen Ausstattung müßte auch die Sozialhilfe von ihr wesensfremden Aufgaben wie den Kosten für Langzeitarbeitslose, Heimunterbringung und Bürgerkriegsflüchtlinge entlastet werden. Sie könnte dann auf ihre ursprüngliche Bestimmung zurückgeführt werden: im Einzelfall zu helfen, Armut zu verhindern und ein Leben in Würde zu ermöglichen. (-/25. August 1994/hgs/fr)

**Kann Kuba die USA bedrohen?
Embargopolitik trifft die ärmsten Menschen auf Kuba**

Von Detlev von Larcher MdB

In diesen Tagen erleben wir, wie der amerikanische Präsident Bill Clinton alle Reden über Humanität und Menschenrechte durch seine Kuba-Politik Lügen straft. Innenpolitische Probleme, so hört und liest man, bringen ihn dazu, Not, Hunger und Elend von tausenden von Menschen zu mißachten. Durch die verschärften Embargomaßnahmen bringt er sogar noch mehr Elend über die Menschen. Zugleich liefert er jenen Argumente, die vom amerikanischen Imperialismus sprechen.

Not und Elend auf Kuba hängen ursächlich mit dem nun schon über dreißigjährigen Wirtschaftsembargo der USA gegenüber Kuba zusammen. So lange es den Ostblock gab, wirkte es sich nicht so stark aus. Spätestens der Zusammenbruch des Ostblocks hätte die USA dazu bringen müssen, ihre Embargopolitik aufzugeben. Denn eine Bedrohung für die USA kann doch das kleine Kuba nicht sein. Oder etwa doch? Wäre es vielleicht eine ideologische Gefahr für die USA, wenn vor Ihren Toren Menschen zufrieden leben, die ihr Leben und Arbeiten nicht nach amerikanischem Muster organisieren?

Es ist empörend, daß diese imperiale Großmachtpolitik im Namen von Demokratie und Freiheit betrieben wird. Dies wird immer behauptet, wenn es den USA um ihre wirtschaftlichen Interessen geht. Rechtsgestrickte Diktatoren waren oft gute Freunde, solange es amerikanischen Interessen diente. In den fünfziger Jahren unterstützten die USA den damaligen kubanischen Diktator Batista, der die Bevölkerung ausplünderte und unbeschreiblich leiden ließ. Die Befreiung von dieser Knechtschaft verschafften Fidel Castro bis heute sein großes Ansehen als Freiheitsheld bei vielen seiner Landsleute. Und selbst die heutigen Oppositionellen auf Kuba wollen nicht zu amerikanischen Verhältnissen zurück. Sie haben tiefe Vorbehalte gegen den großen Bruder Uncle Sam.

Und hat es unter Castro nicht große Fortschritte für die Bevölkerung gegeben. Ich denke beispielsweise an die Bildungsreform und an das Gesundheitssystem, die allen Kubanern zugute kamen. Was die Säuglingssterblichkeit und die Alphabetisierung betrifft, steht Kuba besser da als die USA. Auf der Liste der UNESCO, die die Länder nach der Lebensqualität aufreihet, stand Kuba immerhin auf Platz 61 unter allen Staaten. Warum ist es nicht möglich, nach dem Wegfall der Blockkonfrontation mit Kuba normale Beziehungen aufzunehmen, ihm bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen?

Die USA sehen doch im Regime in China auch keinen Hinderungsgrund, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land auszubauen.

Die Politik der Bundesregierung vergrößert das Elend der Menschen auf Kuba. Entgegen den Vereinbarungen im Einigungsvertrag hat sie alle bilateralen Verträge zwischen Kuba und der DDR gekündigt. Jetzt gibt es keine Lieferungen von Milchpulver, das auf Kuba gratis an die Schulkinder verteilt wurde, und Zink wird nicht mehr importiert.

Aber die Schulden Kubas will die Regierung Kohl eintreiben. Ich fordere den Bundeskanzler auf, diese Vernichtungspolitik sofort zu beenden. Sie trifft die ärmsten Menschen auf Kuba und nicht das Regime.

Letztlich geht es darum, keine politische Entwicklung zuzulassen, die zu einer demokratischen Entwicklung nicht nach westlich-kapitalistischem Muster führen könnte. Deswegen sorgten die USA schon in Chile für die Beseitigung Salvador Allendes und seines Versuchs einer demokratischen Alternative zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetischem Stalinismus. Und auch dieser kleinen Insel Kuba kann keine eigenständige Entwicklung gestattet werden. Schon gar nicht, weil Castro früher von einer für die sogenannte Dritte Welt beispielgebenden Entwicklung träumte und sprach.

Dabei wissen wir doch, daß es mit diesem Planeten rasch zu Ende geht, wann alle Länder dieser Erde in ihrer Entwicklung unserer westlichen Welt und unserem Lebensstil nacheifern würden. Doch dieser Einsicht zu folgen und Entwicklungspolitik zu verändern, verhindert die Kurzsichtigkeit der entwickelten Welt, die nicht in der Lage ist, eigene Interessen zu definieren, die über den Tag hinausgehen.

(/25. August 1994/hgs/fr)

Kämpferischer Demokrat und Weltbürger
Vor 50 Jahren starb Rudolf Breitscheid im KZ Buchenwald

Von Annemarie Renger *

Wir gedenken eines Mannes, der sein Eintreten für Freiheit und Demokratie mit dem Tode bezahlt hat.

Sein Weg führte ihn, aus kleinbürgerlichem Milieu kommend, über den "sozialen Liberalismus" Friedrich Naumanns zur Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Er hatte gelernt, daß ohne die Sozialdemokratie gesellschaftliche Veränderungen der verkrusteten Strukturen des preußischen Obrigkeitsstaates nicht zu erreichen sein würden.

Mit der Überzeugung, "daß außerhalb des Sozialismus demokratische Ideen dauernd und konsequent nicht mehr vertreten werden können", trat er der SPD bei. Mit ihm viele ehemalige Liberale.

Neben seinem radikaldemokratischen Standpunkt führte ihn nach Kriegsausbruch 1914 auch seine kosmopolitische und pazifistische Grundhaltung auf den Weg in die Reihen der Linksopposition, der USDP. 1920 wurde er Reichstagsabgeordneter der USDP. 1922 hat er maßgeblich zur Vereinigung von SPD und USDP beigetragen und zeit lebens unter der Spaltung der Arbeiterbewegung und dem damit verbundenen Machtverlust gelitten. Im Laufe seiner parlamentarischen Tätigkeit wurde er außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Reichstag und später einer ihrer Vorsitzenden.

In dieser Funktion unterstützte er die Außenpolitik Strasemanns, suchte vor allem eine Verständigung mit Frankreich, war ein Vorbereiter des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund.

Der erstarkende Nationalsozialismus Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre rief ihn als entschiedenen Kämpfer für die Demokratie auf den Plan. Bald zeigte sich, daß die Kommunisten, die sich als Antifaschisten gebärdeten, diesen Abwehrkampf nicht konsequent mit den demokratischen Kräften gemeinsam führen wollten.

In diesem Zusammenhang warf er ihnen ihre langfristige Strategie vor, die undemokratischen und totalitären Zielen diene. Am 4. Juni 1928 sagte er: "...über die kommunistische Internationale haben die Kommunisten sozusagen ein politisches Weltprogramm veröffentlicht... (dessen) Resultat eine proletarische Diktatur sein wird."

Noch größer war seine Abneigung und Verachtung der nationalsozialistischen Barbarei, erst recht aber gegenüber denjenigen, die den Nazis in den Sattel geholfen hatten. So appellierte er nach dem Sturz des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller in einem Schreiben an Brüning: "Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist, die gedankenmäßig verbunden sind mit dem thüringischen Minister Frick - NSDAP. Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht!"

An von Neurath, den rechtskonservativen ersten Außenminister unter Hitler schrieb er später aus dem Exil: "Die Geschichte wird diesmal ein vernichtendes Urteil nicht nur über diejenigen fällen, die Unrecht getan haben, sondern auch über die, die dem Unrecht stillschweigend zusahen."

Gleich Anfang des Jahres 1933 wurden Rudolf Breitscheid und seiner Familie die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt; er war schon ins Exil geflüchtet. Zur Zeit der französischen "Volksfront-Regierung", die aus bürgerlichen Intellektuellen, Radikaldemokraten, Sozialisten und Kommunisten bestand, versuchte er 1936 analog dazu ein Exilkomitee "Deutsche Volksfront" zu bilden. Es hatte nur eine kurze Lebensdauer. Und er sah bald ein: "...daß es auf Schritt und Tritt deutlich werde, wie die Kommunisten an dem Volksfronttheater nur ihren Partetopf kochen möchten. Aufhetzung der Massen gegen die Führer der Sozialdemokratie nach altem Rezept, Verdrehung des Begriffs der Demokratie..."

Es war der letzte Versuch, dessen Mißlingen vorprogrammiert war, noch einmal mit allen denkbaren Kräften den Nazis entgegenzutreten. Breitscheid hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß er Sozialdemokrat ist und bleiben würde. Er kann von keiner anderen Partei vereinnahmt werden.

Rudolf Breitscheid hat sein Betätigungsfeld in erster Linie im Parlament gesehen. Es war die Tribüne, auf der man sich parlamentarisch auseinandersetzte und wo man das Beste für das Volk erarbeitete. Diese Auseinandersetzung war für ihn auch ein geistig-politisches Kampffeld, auf dem man nicht mit dem schweren Säbel, sondern mit dem Florett focht.

Es gibt nicht wenige Leute, die das Exil nicht dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zurechnen wollen. Das Schicksal Rudolf Breitscheids stellt dies klar. Die Nazis haben diesen bedeutenden Sozialdemokraten bis in den Süden Frankreichs verfolgt und ihn zusammen mit seiner Frau in das KZ Buchenwald gebracht. Aus Frankreich, dem Land, das er so sehr liebte, war er, zusammen mit anderen, ausgeliefert worden.

Am 24. August 1944 fiel er im Konzentrationslager Buchenwald einem Fliegerangriff zum Opfer. An seinem Todestag gedanken wir dieses außerordentlichen Mannes. Politisch ein Individualist, hat er sich stets der Parteiloyalität untergeordnet, aber die Partei auch gleichzeitig vor Selbstzufriedenheit zu bewahren gesucht.

Er hat in damaliger Zeit die Demokratisierung voranzutreiben versucht, und noch stärker weltbürgerliche Elemente in die SPD-eingebracht, wie es später Carlo Schmid gelungen ist.

Er wollte die mühsam erkämpfte parlamentarische Demokratie in ihrem Parlament, dem Reichstag, verwirklicht sehen und als eine konsensfähige und handlungsfähige Institution des Volkes verstanden wissen. In diesem Sinne war Rudolf Breitscheid ein vornehmer und kämpferischer Demokrat.

(-/25.8.1994/vb-he/hgs)

* Rede am gestrigen 50. Todestag Rudolf Breitscheids an seinem Grab in Berlin

Die Senioren einbeziehen

Die Rolle der Älteren gewinnt an Bedeutung

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft "SPD 60 plus"

Die wachsende Bedeutung und die neuen Rollen der Älteren als aktive Bürger in Organisationen, Wirtschaft und Gesellschaft haben auch in den politischen Parteien zu einem intensiven gesellschaftlichen Dialog geführt. Die SPD trägt diesem Wandel Rechnung - organisatorisch mit der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft "SPD 60 plus", programmatisch mit der stärkeren Berücksichtigung der Interessen der Älteren.

Die Schwerpunkte der SPD-Politik: Neue und sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und sicheres Wohnen werden auch von den Älteren in der SPD in vielen Aktionen im ganzen Land vertreten und eingefordert. Denn mehr als viele Junge wissen die Älteren, daß eine Gesellschaft ohne Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinsinn auf Dauer nicht überleben kann. Sie erleben täglich in ihren Familien, in der Nachbarschaft und im Freundeskreis die Folgen der bisherigen Regierungspolitik; sie machen sich Sorgen um die Arbeitsplätze der Kinder, die Ausbildungsplätze und die gesundheitliche Zukunft der Enkel. Auch das bedeutet für uns Zukunftsbündnis mit den Älteren: solidarisches Eintreten aller Generationen für eine bessere und sichere Zukunft.

Ich habe mit Überraschung und Sorge registriert, daß das Regierungsprogramm der Unionsparteien keine Aussagen enthält zu Altersarmut, Altenpflege, angemessenen Wohn- und Wohnumfeldsituatio-

nen. Zur allgemeinen Unschärfe und fehlenden Konkretheit des Programms von CDU und CSU paßt auch, daß keine Aussagen über eine regelmäßige Altenberichterstattung sowie über den Stellenwert der Interessenvertretungen der Älteren als Partner der Politik gemacht werden.

Mit der neuen Organisation verbinden wir in der SPD zwei Ziele:

- die Teilhabe der Älteren an der politischen Willensbildung in und außerhalb der SPD
- die Vertretung spezifischer Interessen der Älteren in der Politik der SPD.

In einem eigenen Abschnitt "Zukunftsbündnis mit den Älteren" hat die SPD den Anliegen der Älteren in ihrem "Regierungsprogramm 1994" Rechnung getragen. Danach wird eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung - die Verbände und Organisationen der Älteren als Gesprächspartner und Gestaltungskräfte in einer älter werden den Gesellschaft in die Formulierung und Verwirklichung ihrer Politik einbeziehen:

vorrangig will sie

- Altersarmut durch den Einstieg in die soziale Grundsicherung abbauen und vermeiden;
- mehr Rentengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern durch den Einstieg in die eigenständige Alterssicherung für Frauen erreichen,
- das Rentenrecht in Ostdeutschland von Elementen des Strafrechtes befreien;
- den Trend zur Verdrängung älterer Arbeitnehmer und der Frauen vom Arbeitsmarkt stoppen;
- die Altenpflege ausbauen und verbessern;
- die Gesundheitspolitik besser auf die Bedürfnisse der Älteren abstimmen, altengerechte Rehabilitation fördern;
- altengerechte Wohn- und Wohnumfeldgestaltung fördern,

sowie insgesamt

- die neueren Erkenntnisse der Alterswissenschaft zur Grundlage ihres politischen Handelns machen.

Mit der Formulierung eines seniorenpolitischen Abschnitts im Regierungsprogramm sind die Älteren in der SPD ihrem Ziel, sich in die politische Willensbildung einzumischen und die Interessen der Älteren zu äußern, nähergekommen. Ein weiteres Ziel hat sich die Arbeitsgemeinschaft für die allernächste Zukunft vorgenommen. Sie will dafür sorgen, daß mehr Ältere in Ämter und Mandate gelangen.

Neben dem Aufbau einer wirksamen Organisation für die Älteren in der SPD gibt es beim SPD-Parteivorstand seit 1991 eine umfassende Beschäftigung mit Fragen, die sich aus dem demographischen Wandel in Deutschland ergeben. Unter meiner Leitung erarbeitet eine aus Wissenschaftler und Vertretern der Politik zusammengesetzte Kommission Denkanstöße und Lösungen für Fragen, die wir heute angehen müssen. Die Integration der Älteren als größer werdende Gruppe in die Mitte der Gesellschaft, die Absicherung ihres sozial schwächeren Teils und die Einbeziehung ihrer Stärken zum Nutzen der Gesellschaft zählen ebenso zu solchen Zukunftsaufgaben, wie die rechtzeitige Vorbereitung auf gravierende Veränderungen unseres Arbeitsmarktes durch die Alterung und Schrumpfung des Erwerbspersonenpotentials. Ich werbe dafür, Konsequenzen aus dem demographischen Wandel in allen Lebensbereichen zu ziehen, um die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu erhalten. In einer sozialdemokratisch geführten Regierung werden diese Fragen - dafür werde ich sorgen - hohe Priorität erhalten.

(-/25. August 1994/hgs/fr)
